

International

Die Zeitschrift für internationale Politik

III/2021 • 7,50 €



Die Fahne der Neutralität

Manfred Nowak: Menschenrechte

Pascal Lottaz: Österreichische Neutralität

Fritz Edlinger: Kurzer Weg ins Abseits

Berndt Ender: Zur Arbeit von Geheimdiensten in Österreich

Wendelin Ettmayer: Ukraine als neutraler Staat?

ISSN 1010-0285 | P.ö.b. | Verlagspostamt 1150 Wien | 02/02/2021 | Foto: Thomas Lehmann

OECD-ODA | Bitcoin | Istanbul-Konvention | Pharmabusiness und die EU | Xinjiang
Afghanistan | Australien | Europa-Zukunftskongress | Erich Fried | Seidenstraße



INHALT

Editorial

Fritz Edlinger 3

Menschenrechte in Österreich

Ein Kommentar von Manfred Nowak 5

Eine internationalistische Neutralität im Dienste Europas

Pascal Lottaz 7

Kurzer Weg ins Abseits

Fritz Edlinger 10

Metternichs Erben

Berndt Ender 13

Fact oder Fiction?

Hedwig Riegler & Michael Obrovsky 16

Blockchain – Kryptowährungen – Die Zukunft des Geldes?

Fridolin Herkommer 20

Der Krieg in der Ukraine

Wendelin Ettmayer 23

Geschäftsmodelle von Big Pharma im globalen Wirtschaftskrieg

Franz Piribauer 26

Istanbul-Konvention

Hanan Razzak 31

Xinjiang – Chinas Schwachstelle?

Wilhelm Reichmann 35

Kabul – ein zweites Saigon?

Matin Baraki 42

Opal Town Down Under

Günter Spreitzhofer 46

Europa-Seiten: EU-Zukunftskonferenz

Sven Schebek 50

Kulturfeuilleton:

Nicht fühllos zu werden: dafür ist die Kunst da

Anita Weiss-Gaenger 53

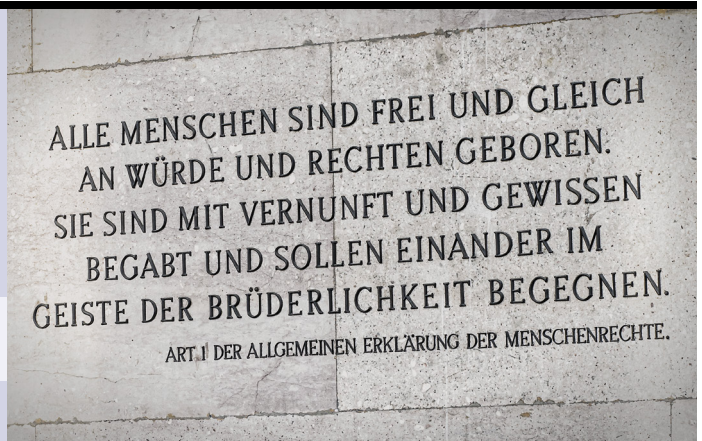
Kulturfeuilleton:

Von der Seidenstraße zur Renaissance

Hannes Fellner 59

Bücherschau

Aktuelle Rezensionen 63



Thomas Lehmann

Kommentar zur aktuellen Situation der Menschenrechte in Österreich Seite 5



Stokkete/Shutterstock.com, Montage

Wiener Nachrichtendienste als Hinterhof der CIA und NATO

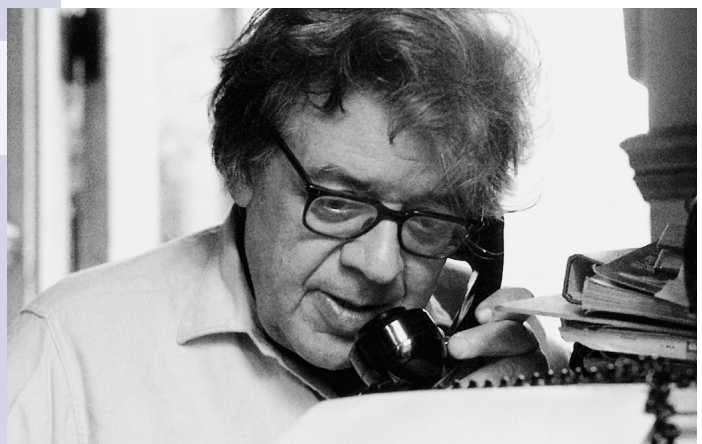
Seite 13



Wilhelm Reichmann

Xinjiang: Nahe der Grenze zu Tibet

Seite 35



Catherine Fried-Boswell

Erich Fried kritischer Intellektueller – Humanist

Seite 53

IMPRESSUM

Der Krieg in der Ukraine

Wäre eine österreichische Lösung möglich?



Die Entwicklung der Ukraine nach dem Zerfall der Sowjetunion und der Gründung eines unabhängigen Staates ist – aus heutiger Sicht – nicht erfolgreich gewesen. Das Land ist gespalten, die Krim verloren und die weitere Zukunft höchst ungewiss. Wäre die Schaffung eines neutralen Staates, in Anlehnung an die österreichische Neutralität, eine bessere Alternative gewesen?

Ein Analyse von **Wendelin Ettmayer**

1. Worum geht es?

Seit 2014 gibt es einen Krieg im Osten der Ukraine. 14.000 Menschen sind dabei bereits ums Leben gekommen; mehrere 10.000, darunter auch viele Zivilisten, wurden verletzt. Worum geht es? Im Dezember 1991 ist die Sowjetunion zerfallen; die Ukraine, bis dahin eine Sozialistische Sowjetrepublik wurde unabhängig. Dabei warnte der damalige US-Präsident Bush (Vater) in einer Rede in der ukrainischen Hauptstadt Kiew, noch einige Monate vorher vor einem „selbstmörderischen Nationalismus“ und sprach sich gegen die ukrainische Unabhängigkeit von der Sowjetunion aus. Wörtlich sagte der amerikanische Präsident: „Americans will not support those who seek independence in order to replace a far off tyranny with local despotism. They will not aid those, who promote a suicide of nationalism based on ethnic hatred“. Außerdem weigerte sich Präsident Bush, Führer der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung zu treffen.

Washington hat aber sehr bald seine Strategie geändert. Vor allem nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 wurden die Ideen, die dem Kalten Krieg zu Grunde lagen, nämlich Eindämmung, Abschreckung und Multilateralismus über Bord geworfen. Die USA wählten im „Krieg gegen den Terror“ eine offensive Vorgehensweise und waren bestrebt, überall dort, wo sie eine Mög-

lichkeit sahen, durch „Regime-Change“ ein amerikafreundliches System zu etablieren. Diese neue Haltung wirkte sich auch gegenüber Russland ganz entscheidend aus: gab man sich während des Kalten Krieges mit der Abgrenzung der jeweiligen Einflusssphären zufrieden, so wollte man nunmehr den russischen Einfluss zurückdrängen, ja in Russland selbst eine neue gesellschaftliche Ordnung errichten.

2. Ein geteiltes Land mit schwierigem Neubeginn

Die Ukraine war jahrhundertlang ein geteiltes Land, man könnte fast sagen, zwischen Ost und West hin- und hergerissen. Schon um das Jahr 1000 ein Zentrum der „Kiewer Rus“, wurden nach dem Mongolensturm weite ukrainische Gebiete von der polnischen Krone regiert. Ausdruck dieser doppelten Orientierung nach Ost und West war die „Kirchenunion von Brest“ (1596): es wurde eine griechisch-katholische Kirche geschaffen, die den östlichen Ritus beibehielt, aber dem Papst in Rom unterstellt wurde.

Als die Kosaken die polnische Herrschaft nicht mehr länger ertragen wollten, unterwarfen sie sich 1654 mit dem „Treueeid von Perejaslaw“ dem russischen Zaren. Es war zum 300jährigen Jubiläum dieses Ereignisses, dass Nikita Chruschtschow, damals Zentralsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 1954

die Krim der Ukraine „schenkte“. Die Zufriedenheit mit der neuen russischen Herrschaft dauerte aber offensichtlich auch nicht lange. Bei der Schlacht von Poltawa 1709 unterstützte nämlich der kosakische Hetman Iwan Manzepa den schwedischen König Karl XII gegen Peter den Großen. Anlässlich der Teilungen Polens im 18. Jahrhundert kamen große Teile der Ukraine zum Zarenreich, Galizien und die Bukowina zu Österreich.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es in der Ukraine zu einem „nationalen Erwachen“, wofür Namen wie jener des Dichters Taras Chevtchenko oder des Historikers Mykhailo Hruchevsky stehen. Dabei kann man wohl sagen, dass das kulturelle Geschehen im Westen des Landes mit dem Zentrum Lemberg ausgeprägter war als im Osten, der stark russisch geprägt war. In der Sowjetzeit musste die Ukraine immer wieder einen hohen Blutzoll leisten: während der Enteignung der Landwirtschaft in den 1930er Jahren; im Zweiten Weltkrieg; und selbst im Afghanistan Krieg sind 3.000 junge Ukrainer gefallen.

Die 1991 erreichte Unabhängigkeit von der Sowjetunion war zunächst ein wirtschaftliches und soziales Desaster. Traditionelle Industriezweige wie die Stahlindustrie brachen total ein; Inflation und Budgetdefizit erreichten Rekordhöhen. Um die politischen Institutionen war es nicht besser bestellt: Regierung und Parlament standen im Dauerkonflikt; die Zentralbank handelte willkürlich; die Regierung agierte autoritär und das Rechtswesen lag im Argen. In verschiedenen Kreisen der USA breitete sich, was die Ukraine betraf, eine Goldgräberstimmung aus: man besetzte hoch dotierte Posten in der Wirtschaft; bekam viel Geld für „Berater-Verträge“; Lobbyisten hatten Hochkonjunktur. Kein Wunder, dass es später in den USA zu einer Reihe von Prozessen im Zusammenhang mit der Ukraine kam und selbst das erste Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Donald Trump wurde mit einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten begründet.

3. Der „American Exceptionalism“ in der Praxis

Sosehr einzelne Amerikaner unterschiedliche Interessen in der Ukraine verfolgten, gemeinsam glauben die US-Eliten daran, dass ihr Land eine auserwählte Nation ist, dazu bestimmt, die Welt zu führen. Alle Regierungen in Washington streben nach der weltweiten Vorherrschaft. Zwischen „America first“ und „America is back“ gibt es vielleicht Unterschiede im Stil, nicht in der Zielsetzung. Und: für sie sind Kriege ein integraler Teil der Außenpolitik nach dem Motto: „Foreign Policy without the Backing of the Military is like a Baseball Game without a Baseball Bat“.

Schon Bill Clinton legte sich anlässlich eines NATO-Gipfels in Prag 1994 auf eine Erweiterung des Bündnisses fest. Als Boris Jelzins Reaktion darauf war, dass dies zu einem „Kalten Frieden“ führen würde, wurde die erste Phase der NATO-Ost-Erweiterung bis nach dessen schwieriger Wiederwahl 1996 aufgeschoben. Aber beim Madrider Gipfel 1997 wurden Ungarn, Polen und die Tschechische Republik eingeladen, der NATO beizutreten. Wenn dann auch gegenüber Moskau beschwichtigende Gesten gesetzt wurden, etwa mit der Unterzeichnung eines „NATO-Russland-Founding Act“ (1997) oder mit der Errichtung eines „NATO-Russland-Rates“ (2002), das Ziel Washingtons blieb es, Russland völlig einzukreisen und, wenn möglich, einen „Regime Change“ in Moskau zu erreichen.

Dazu brauchte man eine völlig gefügige Ukraine. Mit starker finanzieller und organisatorischer Unterstützung durch den Westen erreichte die „Orangene Revolution“ 2004, dass mit Viktor Juschtschenko ein pro-westlicher Präsident an die Macht kam. Beim NATO-Gipfel 2008 in Bukarest unternahm der amerikanische Präsident George W. Bush (Sohn) einen massiven Vorstoß,

um Georgien und die Ukraine in die Allianz aufzunehmen. Die US-Initiative wurde von der tschechischen Regierung sowie von Polen und den baltischen Ländern unterstützt; Frankreich und Deutschland waren massiv dagegen, aber die USA ließen nicht locker und verlangten weiter die Aufnahme der Ukraine in die NATO.

Aber schon damals gab es warnende Stimmen, die betonten, es sei falsch, die Ukraine mit Gewalt ins westliche Lager und in die NATO drängen zu wollen. In einer zutiefst gespaltenen Gesellschaft wäre vor allem Konsens notwendig; und die „Roll-back Strategie“ gegenüber Russland sei deshalb falsch, weil Moskau dies als Aggression empfinden müsse. Der große Kenner der internationalen Beziehungen, George Kennan, hat schon 1998 vorhergesagt, dass eine NATO-Erweiterung zu einer Krise führen würde; und dass die Verantwortlichen für diese Erweiterung dann sagen werden: So sind die Russen. Damals war von Putin noch keine Rede.

2013 sollte die Ukraine durch ein Assoziierungs-Abkommen mit der Europäischen Union voll in die westliche Einflussosphäre eingebunden werden. Dabei schrieb die französische Tageszeitung „Le Monde“ schon im September 2008, als ein ähnliches Abkommen angestrebt wurde: „Viel steht auf dem Spiel; wird die Krim dafür bezahlen müssen?“ Seitens des Westens wurde argumentiert, dass die Ukraine das Recht haben müsse, sich dem westlichen Wertesystem anzuschließen. Tatsächlich aber hätte die Ukraine nicht nur das Recht sondern auch die Pflicht gehabt, dies schon längst zu tun. Seit 1995 Mitglied des Europarates, hat das Land zahlreiche Konventionen unterschrieben, die es verpflichteten, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen, gegen die Korruption und für den Schutz der Minderheiten einzutreten. Es geht also nicht um Werte sondern um Macht, die man je nach Bedarf, auch gegen Russland einsetzen kann.

Im November 2013 erklärte die ukrainische Regierung, die Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Assoziierungs-Abkommens „aussetzen“ zu wollen. Es kam zu Demonstrationen auf dem Maidan in Kiew, die im Februar 2014 zu einem „Regime Change“ und der Etablierung einer pro-westlichen Regierung führten. Wie von zahlreichen Experten vorhergesehen, kam die Krim dann wieder unter russische Souveränität und im Osten des Landes brachen Kampfhandlungen aus.

4. Propagandakriege

Wie entschlossen die USA waren, die Ukraine endgültig in die eigene Machtsphäre einzugliedern, kam sehr deutlich im bekannten Telefongespräch zum Ausdruck, das Victoria Nuland 2014, damals Assistant Secretary of State, mit dem US-Botschafter in Kiew führte und das am besten mit den Worten übersetzt werden kann: „Wir gehen ohne Rücksicht auf Europa vor“. Im selben Telefonat führte Frau Nuland aus, dass die USA in den letzten Jahren 5.000 Millionen Dollar ausgegeben haben, um die Ukraine an die USA zu binden und um den russischen Einfluss zu brechen.

Entsprechend intensiv werden auch die Propagandakriege geführt. Amerika ist immer „protecting“ und „defending“; Russland ist immer „aggressiv“ und „bösaartig“. Amerika ist immer „informing“ und „inclusive“; Russland stets „disinforming“ und „disruptive“. Da Amerika immer einen Feind braucht, wurde der russische Präsident Wladimir Putin zu einem Ungeheuer hochstilisiert, vor dem die Ukraine, wenn nicht die ganze Menschheit, gerettet werden muss. Die Wortwahl der führenden westlichen Medien gegen ihn kann nicht hart genug sein: er ist ein „Wesen ohne Seele“; zumindest ein „Autokrat“; wenn nicht überhaupt ein „Mörder“.

Jene, die nur die Frage stellen, ob nicht auch die andere Seite Argumente hat, die gehört werden sollten, werden als „Putin-Versteher“ diskreditiert. Dabei geht es nicht um Personen sondern um



Außenministerium vom ÖVP-Mann Karl Gruber geleitet. Um auch das andere Lager einzubinden, wurden drei Sozialisten, Ernst Lemberger, Walter Wodak und Bruno Kreisky als „Sozialattachés“ den Botschaften Paris, London und Stockholm zugeteilt. Das dann der „tüchtige junge Kreisky“ auf Empfehlung von Außenminister Gruber in die Präsidentschaftskanzlei kam, ist Teil der Geschichte der Zweiten Republik.

Die Grundlagen des Staates wurden gemeinsam aufgebaut: die ÖVP erreichte bei den Nationalratswahlen 1945 die absolute Mehrheit, aber man bildete mit der SPÖ eine große Koalition. Das Wirtschaftssystem wurde grundsätzlich marktwirtschaftlich ausgerichtet, aber die Großindustrie war verstaatlicht. In den Jahren nach dem

Interessen. Auch gegen Boris Jelzin hat „The Economist“ schon im November 1999 ausgeführt, dass dieser die westlichen Spielregeln anerkennen muss, sonst würde er „sich selbst isolieren“.

Was die Krim betrifft, so hat Kaiser Joseph II gegenüber der Zarin Katharina die Souveränität Russlands über diese Halbinsel schon 1783 anerkannt. Jetzt wird Russland beschuldigt, dass die nach einer Volksabstimmung neuerlich erklärte russische Souveränität über die Halbinsel „die erste gewaltsame Verschiebung einer Grenze in Europa darstellt“. Dabei haben die USA seit Ende des Kalten Krieges ihre Einflussosphäre in Europa zwischen Albanien und Estland um 1 Million km² ausgedehnt. Und im Zeitalter der Globalisierung zählen Einflussosphären mehr als Grenzen.

Begleitet wird die gängige Medienberichterstattung von einer Unzahl von Seminaren und Konferenzen, die, wie etwa George Soros in seinem Essay „Wake up Europe“ aufzeigen, dass Europa durch Russland einer „existenziellen Bedrohung“ ausgesetzt ist. Die logische Schlussfolgerung bei vielen dieser Veranstaltungen ist, dass die Verteidigungsbudgets in Europa erhöht werden müssen. Sollen wieder Panzer gegen Moskau rollen?

Die Ukraine ist also in einer äußerst schwierigen Situation: zerrissen im Inneren und unter starkem Druck von außen. Gibt es eine Lösung?

5. Das Beispiel Österreich

Kann ein Staat in einer derart schwierigen Situation wie heute die Ukraine existenzielle Probleme lösen? Ja, wie das österreichische Beispiel zeigt. Unser Land wurde in der Zwischenkriegszeit vielfach als „gescheiterter Staat“ dargestellt. Gewaltige ideologische innenpolitische Spannungen führten zu einem Bürgerkrieg; der außenpolitische Druck zum Verlust der Selbstständigkeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Zweite Republik hingegen eine Erfolgsgeschichte.


Was hatte sich geändert? Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden die beiden großen politischen Lager in Österreich zu einem gesellschaftspolitischen Grundkonsens und außenpolitisch mit dem Bekenntnis zur militärischen Neutralität zu einem Modus, der es ermöglichte, die volle Souveränität wieder zu erlangen.

Der Neubeginn 1945 war gekennzeichnet durch die Bereitschaft, Kompromisse zu schließen: die erste provisorische Staatsregierung bestand unter dem Vorsitz von Staatskanzler Karl Renner aus nicht weniger als 46 Mitgliedern. Jede Partei sollte überall vertreten sein. Die Kompromissbereitschaft umfasste alle Bereiche. So wurde das

ausgebaut, von der Arbeitslosenfürsorge bis zum Arbeiterurlaub; vom Betriebsrätegesetz bis zum Wohnhaus-Wiederaufbau. Ferdinand Graf (ÖVP) und Innenminister Oskar Helmer (SPÖ) legten mit dem Aufbau der B-Gendarmerie gemeinsam die Grundlagen für das neue Bundesheer. Durch diese Zusammenarbeit war es möglich, die existenziellen Probleme der Nachkriegszeit zu lösen und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Die beiden Regierungsparteien einigten sich vor allem auch darauf, dass eine militärische Neutralität Österreichs die Grundlage der Außenpolitik sein soll. Das bedeutete Unabhängigkeit von großen militärischen und politischen Blöcken. Es war die Neutralität des Staates aber nicht des Staatsbürgers, also keine ideologische und wirtschaftliche Neutralität. Die für Österreich aus der Neutralität entstandenen Pflichten waren klar umschrieben: Sie bedeuteten die Einhaltung der Normen des Neutralitätsrechts nach dem Haager Abkommen aus dem Jahre 1907 im Kriegsfall und die Vermeidung aller Bindungen, die diese Einhaltung verhindern könnten. Österreich wurde gesellschaftspolitisch Teil des Westens; mit vernünftigen Beziehungen zu Russland.

Mit dem Staatsvertrag 1955 wurde der Abzug der alliierten Truppen erreicht. Und vor allem eines: Österreich war das einzige Land in Mitteleuropa, in dem es nach dem Zweiten Weltkrieg zu keinen Unruhen kam; während die Aufstände in der DDR (1953), in Ungarn (1956), in der Tschechoslowakei (1968) und in Polen durchaus auch das Potenzial hatten, den internationalen Frieden zu gefährden.

Seit dem Abschluss des Staatsvertrages und der Erklärung der „immerwährenden Neutralität“ unseres Landes hat sich die Welt verändert – und auch nicht. Die Trennungslinie zwischen der amerikanischen und der russischen Einflussosphäre hat sich nach Osten verschoben. Geblieben ist das Bestreben der Großmächte, in machtpolitischen Kategorien zu denken. Das österreichische Beispiel zeigt dabei eines: ein Land, das innenpolitisch geschlossen ist und in der Außenpolitik einen vernünftigen Kurs verfolgt, muss nicht unbedingt ein Spielball der Großmächte sein. 

Dr. Wendelin Ettmayer, Abgeordneter zum Nationalrat a. D.; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika sowie beim Europarat; Autor u.a. der Publikation der Diplomatischen Akademie Wien „Europa-Russland-USA und die Krise in der Ukraine“. www.wendelinettmayer.at

E-Mail: wendelin.ettmayer@gmail.com

Kurzer Weg ins Abseits

Aktionen und Stellungnahmen der Österreichischen Bundesregierung in jüngster Zeit („geizige Vier“, „Impfbasar“, Migration, Trump- und Netanjahu-Freundschaften, Israelsolidarität) haben im In- Ausland zu Verwunderung und Protesten geführt. Den Höhepunkt an Verwirrung hat jener „Experte“ ausgelöst, welcher sich allen Ernstes zu der Behauptung verstiegen hat, dass die Außen- und Nahostpolitik von Bruno Kreisky Österreich geschadet habe. Ein weiteres Beispiel für die message-kontrollierte Kurzsichtigkeit der gegenwärtig Regierenden. Dass diese Politik bereits vor Jahrzehnten unter Wolfgang Schüssel eingeleitet worden war, ist es wert, in Erinnerung gebracht zu werden. Ein Resümee über ein knappes Vierteljahrhundert ÖVP-Außenpolitik.

Ein Kommentar von **Fritz Edlinger**

Österreich ist unter türkiser Führung am besten Weg, die Politik der späten Neunziger und frühen Zweitausender Jahre zu wiederholen bzw. zu vollziehen. Bereits damals hat unter Schwarz-Blau die Machtgier eines ÖVP-Chefs schwersten Schaden für das internationale Ansehen Österreichs verursacht. In diesem Sinne könnte man Sebastian Kurz ohne polemische Übertreibung als Vollstrecker der Schüssel'schen Politik bezeichnen. Dass diese Periode in einer Katastrophe endete, hat einige Jahre danach den türkis gewandeten neuen ÖVP-Chef nicht davon abgehalten, es nochmals mit der FPÖ zu versuchen. Das Ergebnis war noch weit- aus katastrophaler als beim ersten Mal, nicht zuletzt auch für das internationale Ansehen Österreichs.

„Österreich ist am besten Weg, von einem international anerkannten Vermittler zu einem unberechenbaren Akteur zu werden.“

Die außenpolitischen Hoppalas des Bundeskanzlers und des – aus welchen Motiven auch immer – Außenministers geben gute Anlässe, sich die traurige Entwicklung der österreichischen Außenpolitik wieder einmal näher anzusehen.¹ Es sei auch auf zwei ausführliche einschlägige Artikel in INTERNATIONAL verwiesen, die bereits vor Jahren auf die leichtfertige Vernachlässigung der heimischen Außenpolitik hingewiesen haben.² Obwohl die

politischen Verantwortlichkeiten nach mehr als 33 Jahren ÖVP-AußenministerInnen wohl klar zuzuordnen sind, hat Helmut Kramer zurecht auf eine gewisse Mitverantwortung der über viele Jahre mitregierenden Sozialdemokraten hingewiesen. Diese Kritik halte ich durchaus aufrecht, muss sie sogar noch dadurch verstärken, dass die Partei Bruno Kreiskys leider seit langer Zeit Außenpolitik und internationale Beziehungen sträflich vernachlässigt. Aber das ist ein anderes Thema.

Bevor ich einige der aktuellen Fehlleistungen behandle, ein „cetero censeo“ über die konsequente Ausdünnung der professionellen österreichischen Außenpolitik.

Konsequente finanzielle und personelle Vernachlässigung der Außenpolitik

Es wurde bereits von weitaus kompetenteren Autoren (wie auch in den beiden erwähnten Beiträgen von Helmut Kramer) darauf hingewiesen, dass es seit Jahrzehnten eine sträfliche Vernachlässigung der professionellen Außenpolitik Österreichs gibt. Dies schlägt sich vor allem in der laufenden Kürzung des Budgets des Außenministeriums nieder. Eine unmittelbare Folge dieser Einsparungen ist die seit vielen Jahren ständig abnehmende Zahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.³ Der aktuelle Stand beläuft sich auf rund 1.100, gegenüber knapp über 1.600 im Jahr 1995, dem Jahr des EU-Beitrittes Österreichs.⁴ Abgesehen von der

Helmut Kramer: Bleibt österreichische Außenpolitik eine „Draussenpolitik“?. INTERNATIONAL IV/2013.

¹ Bei dieser Gelegenheit sei für LeserInnen mit schlechtem Langzeitgedächtnis eine Tatsache in Erinnerung gerufen: Mit der Ausnahme von eineinhalb Jahren (Karin Kneissl) saßen seit 1987 immer ÖVP-PolitikerInnen an der Spitze des Außenministeriums.

² Helmut Kramer: Österreich ist „hinternational“ INTERNATIONAL I/2010.

³ Seit 1995 gab es lediglich ein Jahr mit einer leichten Zunahme. Das war 2008, das letzte Jahr Ursula Plassnik als Ministerin.

⁴ Der letzte veröffentlichte Außenpolitische Bericht weist für das Jahr 2019 einen Personalstand von 1.113 auf.



„Wegweisend“ zum Außenministerium: Die Bruno-Kreisky-Gasse

spürbaren Abnahme des Personalstandes ist auch eine deutliche Verlagerung der unmittelbaren Verwendungen bemerkenswert. So waren 1995 noch knapp über 54% des diplomatischen Personals im Ausland tätig, 2019 waren das nur mehr knapp 48%. In den Jahren davor war der Anteil der im Ausland beschäftigten noch deutlicher. Dass es dadurch zu einer personellen Ausdünnung der österreichischen Auslandsvertretungen, die gegenwärtig oft ihren Betrieb nur mehr mit VoluntärInnen und lokalen MitarbeiterInnen aufrechterhalten können, ist inzwischen allseits bekannt. Dies zieht eine schlechtere Vertretung Österreichs im Ausland nach sich, abgesehen davon, dass die Arbeitssituation kaum besser geworden ist. Dies scheint aber den in der Zentrale Verantwortlichen kein besonderes Anliegen zu sein.

Ob diese bedenklichen Personalentwicklungen auch eine spürbare Abwanderung von hochqualifizierten DiplomatenInnen aus dem österreichischen diplomatischen Dienst zu internationalen Behörden und Organisationen im Rahmen der UNO oder EU sowie auch zu internationalen NGOs mit ausgelöst hat, wäre eine ausführlichere Untersuchung wert. Vielleicht war es aber auch ein Protest gegen Unprofessionalität oder parteipolitische „Freunderlwirtschaft“.

Nun zu einigen aktuellen „Hoppalas“:

Verminderte Wertschätzung der UNO

Da ist einmal eine deutlich verminderte Wertschätzung der Tätigkeit der Vereinten Nationen zu registrieren. Es begann mit der höchst merkwürdigen Vorgangsweise Österreichs beim Migrationspakt. Obwohl dieser ja lediglich eine für die Mitgliedsstaaten

unverbindliche Empfehlung darstellt und im Gegensatz dazu, dass Österreich am mehrjährigen Diskussionsprozess höchst aktiv teilnahm, kam dann im letzten Moment aus Wien die Weisung, dieser mit großer Mehrheit angenommenen Erklärung nicht zuzustimmen. Da kam offensichtlich die Wandlung des migrationspolitischen Paulus zum Saulus dazwischen.

Ganz aktuell sind Vorkommen im Menschenrechtsrat der UNO. Dort stimmte Österreich nun bereits zweimal gegen Resolutionen, welche nähere Untersuchungen über Menschenrechtsverletzungen in Israel/Palästina verlangten, obwohl sie nicht nur Israel sondern auch palästinensische Akteure, wie zuletzt die Hamas und den Islamischen Dschihad, zunächst als Beschuldigte führten. Dieses Verhalten, welches nach näheren Erkundigungen „auf Weisung aus Wien“ zustande kam, steht in klarem Gegensatz zum bisherigen österreichischen Verhalten bei ähnlichen Themen. Wir befinden uns inzwischen in abstimmungsmäßiger Koalition mit Bulgarien, Tschechische Republik und den Marshall Inseln und ähnlichen Exoten. Ähnlich war auch das Verhalten Österreichs im Internationalen Strafgerichtshof, wo es – wieder einmal – um die Siedlungspolitik Israels ging. Österreich schloß sich der Meinung jener israel- und USA-freundlichen Staaten an, welche in spitzfindiger Weise Palästina, welches als Beobachterstaat immerhin schon Mitglied der Vereinten Nationen ist, mangels eigenem Territorium die Kategorisierung als Staat absprachen. Dass alle genannten Beschlüsse auch gegen Österreich zum Teil mit überwältigenden Mehrheiten angenommen worden sind, spricht für die breite internationale Isolierung Österreichs, vielmehr jener der Politik der aktuellen österreichischen Bundesregierung.

Zur radikalen Veränderung der österreichischen Nahostpolitik noch etwas später, dass dieses Agieren im Rahmen der Vereinten Nationen dem internationalen Ansehen Österreichs, immerhin ist Wien einer von vier UN-Amtssitzen, sicherlich nicht förderlich ist, kann man sich vorstellen. Dass Österreich, welches über lange Zeit eine höchst erfolgreiche Ansiedlungspolitik von internationalen Behörden und Organisationen⁵ betrieben hat, zuletzt auch hier nicht besonders erfolgreich agiert hat, beweist auch die Absiedlung des König Abdullah Zentrums.

„Weniger Gags und Show würden der österreichischen Außenpolitik nicht schaden“

Völker- und Menschenrecht als relative Größe

Nun zum wohl spektakulärsten „Hoppala“ der letzten Zeit: Die israelische Flagge am Ballhaus- und Minoritenplatz. Ob es Bundeskanzler Kurz bewusst war, auf welche heikle Solidaritätsbekundung für seinen besonderen Freund Bibi er sich mit der Weisung zur Beflaggung des Bundeskanzleramts und des Außenministeriums da einlässt, bleibt dahingestellt. Dass dies jedoch die öffentliche Demonstration einer bereits seit einigen Jahren vollzogenen – von mir ja bereits zuvor beschriebenen – radikalen Änderung der österreichischen Nahostpolitik darstellte, musste ihm bewusst sein. Er war sich, dass darf bei dieser Gelegenheit natürlich nicht unter den Tisch fallen, auch der weitgehenden Unterstützung sämtlicher politischer Parteien und der meisten Medien in Österreich sicher. Darauf näher einzugehen, würde den Rahmen dieses Beitrag bei weitem sprengen, dies hat jedenfalls nicht primär mit dem seit über 70 Jahren anhaltenden israelisch-palästinensischen Konflikt sondern viel mehr mit Antisemitismus, den Verbrechen während des Holocaust u.ä. zu tun. Es ist keine Frage, dass Österreich eine ganz besondere Verantwortung gegenüber Juden hat. Ob dies allerdings bedeutet, dass Österreich unbegrenzte Solidarität zur Politik der israelischen Regierung zu üben hat, ist eine andere Frage. Auch auf diese Frage kann ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Was aber festzustellen ist – und dies ist auch von weitaus Berufeneren klar zum Ausdruck gebracht worden – ist die Empörung über eine billige Show eines Opportunisten. Denn als nichts anderes kann ich diese Beflaggungsaktion bezeichnen.

Und wenn dann noch dem Außenminister, der immerhin ein gelernter und erfahrener Diplomat ist, in seinen Stellungnahmen nichts und schon gar nichts zu den Hintergründen dieses höchst komplizierten und viele Jahrzehnte zurückliegenden Konfliktes einfällt, als den Terrorismus der Hamas zu verurteilen, so ist das nicht nur ein Bruch mit der jahrzehntelangen österreichischen Nahostpolitik, sondern schlicht und einfach eine empörende Verhöhnung der in Gaza getöteten Menschen, darunter 66 Kinder. Dies war selbst der eher pro-israelischen New York Times eine ausführliche Fotoreportage am Titelblatt wert.

Diese 66 getöteten Kinder waren keine Terroristen, sie waren Opfer von gezielten Angriffen einer der besten Armeen der Welt. Und das neutrale Österreich sollte – zumindest – auch ein Mitgefühl mit ihnen zum Ausdruck bringen.

⁵ Der Hinweis auf das vom späteren Außenminister Alois Mock 1982 eingeleitete Volksbegehren (im übrigen, das bis heute erfolgreichste österreichische Volksbegehren!) gegen den Bau des Internationalen Konferenzzentrums sei mir in diesem Zusammenhang erlaubt. Das von der ÖVP massiv, durchaus auch mit nicht besonders freundenfreundlichen Argumenten, bekämpfte Projekt war ohne Zweifel wichtiger Teil der höchst erfolgreichen Ansiedlungspolitik Österreichs und Wiens. Offensichtlich möchte der 1986 geborene Nach-Nachfolger als ÖVP-Chef und Außenminister auch hier in fragwürdige Fussstapfen treten.


Ob die Stellungnahmen von Kurz, Schallenberg und Konsorten eine Verletzung der einem immerwährend neutralen Staat gebührenden Haltung darstellt, darüber werden Experten sicherlich noch lange streiten.

Neutralität ade

Dass die österreichische Neutralität – im Gegensatz zur nahezu 80%en Befürwortung seitens der Österreicherinnen und Österreicher – von der Bundesregierung kaum mehr ernst genommen wird, ist leider eine andere Tatsache. Offensichtlich fühlt sich der junge Bundeskanzler auch hier an die Einstellungen seines Vor-Vorgängers Wolfgang Schüssel erinnert. Er war am 26. Oktober 2001 ja immerhin schon 15, möglicherweise schon auf dem Weg zur Jungen ÖVP, sodass er die Stellungnahme des damaligen Bundeskanzlers, wonach „die alten Schablonen Lippizzaner, Mozartkugeln oder Neutralität in der komplexen Wirklichkeit des 21. Jahrhunderts nicht mehr greifen“ sicherlich schon bewusst registriert haben wird. Ob er sich heute genauso ausdrücken würde, ist fraglich, dass er aber ähnlich dickt, scheint mir evident zu sein. Dafür gibt es meines Erachtens genügend Hinweise.

Diese reichen von seinen „Männerfreundschaften“ a la Trump, Netanjahu (dass er übrigens besonders an einer engeren militärischen und polizeilichen Zusammenarbeit mit den „Sicherheitsspezialisten“ in Israel interessiert ist, hat er anlässlich mehrfacher Besuche bei israelischen Kampftruppen in Israel unter Beweis gestellt) über die von ihm unterstützten Einsätze des österreichischen Bundesheeres bei fragwürdigen NATO-Einsätzen wie Afghanistan, zur de facto-Unterstützung der gegenwärtig laufenden NATO-Manöver Defender 2021, die sich eindeutig gegen Russland wendet, bis hin zum kürzlich von Außenminister Schallenberg unterzeichneten Vertrag mit der NATO zur Eröffnung eines NATO-Liaison-Offices in Wien. Bei Letzterem stellt sich vor allem die Frage danach, warum gerade jetzt? Aber auch das würde den Bogen dieses Beitrages bei weitem überziehen. Spannend wäre es aber doch, darauf eine ausführliche Antwort zu erhalten.

Österreich ist meines Erachtens also am besten Weg, von einem international anerkannten Brückenbauer und Vermittler zu einem unberechenbaren – von einem sich selbst überschätzenden opportunistischen Provokateur dominierten – Akteur zu werden. In Europa hat sich das allmählich herumgesprochen, in der Welt – wie die Wahl des nächsten US-Russland-Gipfels anzudeuten scheint – ebenfalls. Vielleicht wäre es an der Zeit, sich zu überlegen, dass weniger Gags und Show⁶ und mehr Berechenbarkeit, fachliche Kompetenz und Seriosität einem kleinen neutralen Staat im Herzen Europas besser anstünde. Es muss ja nicht auf Kosten von Empathie und Humanität gehen, ganz im Gegenteil.

P.S. Wer manche meiner Ausführungen polemisch und übertrieben findet, den darf ich auf einen Artikel in der aktuellen Ausgabe Nr. 21 von „Der Spiegel“ verweisen: Sebastian Kurz. Vom Wunderwuzzi zum Alpenorban? 

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at

⁶ Kann sich jemand noch an „Geilomobil“ erinnern?